



Afrika im Blickpunkt

Institut für Afrika-Kunde
Institute of African Affairs

Nummer 4

November 2004

ISSN 1619-3156

Côte d'Ivoire: Chirac allein zu Haus?

Andreas Mehler

Die jüngste dramatische Zuspitzung der politisch-militärischen Krise in der Côte d'Ivoire hat die ehemalige Kolonialmacht Frankreich in eine fast ausweglose Lage gebracht: Vermittler, peacekeeper und Kriegspartei in einem; Beschützer der eigenen Staatsbürger und Wirtschaftsinteressen – gleichzeitig für eben diese ein Risikofaktor; wechselnd von der Regierung oder den Rebellen gebraucht oder verurteilt; respektierter, aber ungeliebter und einsamer Gendarm auf der Suche nach afrikanischer und internationaler Unterstützung. Man könnte zahlreiche Attribute mehr zusammentragen, die eine äußerst unangenehme Lage kennzeichnen. Wie viel Kontinuität französischer Afrikapolitik und wie viel persönliche Akzentuierung durch den französischen Präsidenten dabei eine Rolle spielen, wird unterschiedlich beurteilt. Gleichzeitig darf die inner-ivorische Dynamik nicht außer Acht geraten. Was sich heute entlädt, hat eine lange Vorgeschichte, die hier nur in Ansätzen wiedergegeben werden kann.

Der November 2004 und seine unmittelbare Vorgeschichte

Die jüngsten Ereignisse konnten in der deutschen Presse einigermaßen nachverfolgt werden: Am 4.11. hatte die ivoirische Regierungsarmee den Waffenstillstand einseitig verletzt und diverse Stellungen der Rebellen angegriffen. Die Friedenstruppen der UNOCI¹ und die zugeordnete französische Mission *Licorne* (4.500 Mann) hielten zunächst nur bedingt dagegen. Am 6.11. bombardierten die beiden Kampfflugzeuge der ivoirischen Luftwaffe (zwei Sukhoi 25) die Rebellenhochburg Bouaké und griffen offenbar gezielt ein französisches Lager an. Bei diesem Angriff starben neun französische Soldaten und ein US-Bür-

ger.² Der französische Gegenschlag bestand in der Zerstörung der beiden Maschinen nach deren Landung sowie von insgesamt vier Kampfhubschraubern. Dies kam einer Vernichtung der gesamten ivoirischen Luftwaffe gleich.³ Der Präsidentenpalast in Yamoussoukro lag nach Angaben eines Augenzeugen 45 Minuten unter französischem Beschuss. Es folgten wütende Proteste und antifranzösische Ausschreitungen in der Metropole Abidjan. Französische Truppen rückten in die Nähe des Präsidentenpalastes vor, was zu

² Genauer Ablauf der Aktion, Beteiligte (weißrussische/osteuropäische oder ivoirische Piloten) und Verantwortlichkeit sind derzeit strittig.

³ Präsidentenberater Alain Toussaint sieht in dieser Aktion einen Völkerrechtsverstoß und einen Verstoß gegen das UN-Mandat, da Frankreich nicht den UNOCI-Oberbefehlshaber in Kenntnis gesetzt habe (Gespräch mit dem Verfasser in Berlin, 24.11.2004). Umgekehrt machte sich die Regierung durch Bruch des Waffenstillstands und Hass-Aufrufe in den kontrollierten offiziellen Medien schuldig.

¹ Seit 4.4.2004, MINUCI ersetzend, autorisierte Stärke: 6.240 Mann, Ist-Stärke am 31.10.2004: 5.834 Soldaten, 168 Militärbeobachter, 350 Polizeikräfte, 226 ziviles Personal aus über 40 Staaten, 155 *locals*.

Befürchtungen Anlass gab, man werde Präsident Gbagbo gewaltsam entfernen (Haiti-Szenario). Die Straße blieb gegen die französische Armee mobilisiert; nach offiziellen ivoirischen Angaben starben 64 Menschen durch französische Kugeln (1.300 Verletzte)⁴, während Paris im Wesentlichen Kräfte der ivoirischen Armee verantwortlich machte, die dem Druck der Demonstranten nicht gewachsen gewesen sei. Während in den französischen Medien die Horrorerlebnisse fliehender Franzosen die Nachrichtenlage dominierten, zeigten die regierungsnahen Organe in Abidjan die grausigen Bilder getöteter Ivorer.⁵

Paris bemühte sich nun intensiv und erfolgreich um eine Beruhigung sowie auf dem diplomatischen Parkett um eine Verurteilung der ivoirischen Regierung. Die *African Union* (AU) auf einem Sondergipfel in Abuja⁶ und der UN-Sicherheitsrat sprachen sich für Sanktionen aus: In der UNSC-Resolution 1572 (vom 15.11.2004) wird u.a. festgehalten: Verurteilung des Luftangriffs, Unterstützung für UNOCI und Frankreich, Stopp aller Hass-Aufrufe in den audiovisuellen Medien, 13-monatiges Waffenembargo, Androhung von Reisebeschränkungen für bestimmte, durch einen Ausschuss designierte Personen, die den Friedensprozess stören, sowie Einfrieren von Auslandskonten (ab 15.12.2004).

Was war dieser Eskalation vorausgegangen? Zumindest bis September 2002 muss man zurückgehen, um die militärische Logik zu verstehen. In der Nacht zum 19. September 2002 überfielen Bewaffnete gleichzeitig wichtige Kasernen in der ivoirischen Metropole Abidjan und die Privathäuser von zwei zentralen Ministern der wichtigsten Regierungspartei FPI, daneben Kasernen in Bouaké (Zentrum) und Korhogo (Norden). Innenminister Boga Doudou wurde erschossen. Der ehemalige Militärdiktator Robert Guéi, den Teile der Öffentlichkeit als Verantwortlichen für diesen neuen Putschversuch ansahen, wurde am Tag danach in einem Racheakt ermordet. Während loyale Truppen die Lage in Abidjan in den Griff bekamen, blieb die zweitgrößte Stadt, Bouaké, in der Hand der Rebellen. Sukzessive fanden die Rebellen Unterstützung in zahlreichen Städten der nördlichen Landeshälfte.

Präsident Laurent Gbagbo befand sich auf einem offiziellen Besuch in Italien. Dieser Umstand, gute Organisation und neue Bewaffnung der Rebellen ließen darauf schließen, dass es sich nicht um eine spontane Meuterei unzufriedener Truppen handelte, deren geplante Demobilisierung Auslöser der Aktionen war, sondern um einen Putschversuch. Nun geriet vor allem das Nachbarland Burkina Faso in Verdacht der Mitäterschaft. Ein Teil der beteiligten Unteroffiziere hatte nach Putschgerüchten und -versuchen in den letzten Jahren Zuflucht im Nachbarland gefunden. Die Regierung rief Frankreich auf, das Verteidigungsabkommen in Kraft zu setzen, doch Paris sah die Krise zunächst als innerivoirische Angelegenheit an. Die Eskalation der Lage rief französische und US-Truppen zur Evakuierung eigener Staatsangehöriger auf den Plan. Paris, das bessere Beziehungen zu den autoritär regierten Staaten der Region unterhält, ließ seine Truppen nach dieser Aktion vor Ort und sicherte eine logistische Unterstützung der Regierungstruppen zu. Aber erst am 28.10.2002 schickte Frankreich Truppen zur Friedenssicherung.

Doch vielleicht muss man einen weiteren Schritt zurückgehen: An die Spitze des „Weihnachtsputschs“ (23./24.12.1999) setzte sich der ehemalige Generalstabschef Guéi, Präsident Bédié (PDCI) floh außer Landes. Nach dem unrühmlichen Ende der PDCI-Herrschaft standen sich die Politiker Ouattara/RDR und Gbagbo/FPI gegenüber, der gemeinsame Feind war ihnen abhanden gekommen. General Guéi war allerdings ein neuer Faktor im Machtpoker und entwickelte schnell Gefallen am Regieren. In seine Amtszeit fallen schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen, eine sichtbare Auflösung der Disziplin der Soldaten und weitere Putschversuche. In der Übergangsregierung des Generals waren zunächst beide Ex-Oppositionsparteien vertreten, die RDR wurde dann aber abgedrängt, ihr Kandidat Ouattara auf Grund formaler Kriterien von Wahlen ausgeschlossen.

⁴ Angaben des Präsidenten Gbagbo am 24.11., siehe AFP 24.11.2004. Das Gesundheitsministerium sprach später von 57 Toten und 2.226 Verletzten.

⁵ Inzwischen finden Videos mit den makabersten Szenen reißenden Absatz in Abidjan.

⁶ Zur Stimmungslage auf dem AU-Treffen vgl. *Jeune Afrique* 2289, 21.-27.11.2004.

Die wichtigsten politischen Parteien in der Côte d'Ivoire:

FPI – Front Populaire Ivoirien, Mitbegründer: Laurent Gbagbo (Staatspräsident)

RDR – Rassemblement Démocratique Républicain, Parteivorsitzender Alassane Dramane Ouattara

PDCI – Parti Démocratique de Côte d'Ivoire, Parteivorsitzender Henri Konan Bédié

„Forces Nouvelles“ – Sammelname der politischen Abteilungen der drei Rebellenbewegungen

Damit standen sich Gbagbo und Guéi im Oktober 2000 bei den Wahlen gegenüber. Die FPI befürchtete in dieser Situation (nach ihren Erfahrungen 1990 und 1995), wieder Opfer von Manipulationen zu werden. Am Vortag der Wahlen rief Gbagbo seine Anhänger auf, im Falle von Wahlbetrug strategische Positionen in der Metropole zu besetzen. Als am Morgen nach der Wahl die Manipulation tatsächlich ihren Lauf nahm, folgte eine breite Erhebung in Abidjan, der die Junta gewaltsam zu begegnen trachtete. Am 26.10.2000 setzten sich die FPI-Demonstranten mit Hilfe der sympathisierenden *gendarmérie* durch. Guéi sah sich zur Flucht gezwungen. Es folgten die eher im Vorfeld erwarteten RDR-Demonstrationen, die nun den Sieg Gbagbos anfochten. Bei blutigen Auseinandersetzungen zwischen FPI-Anhängern und *gendarmérie* einerseits und RDR-Anhängern andererseits sowie regelrechten Pogromen gegen „die“ Dioula wurden nach offiziellen Zahlen 171 Menschen getötet. Am schockierendsten war die Entdeckung eines Massengrabes, in dem 51 Leichen gefunden wurden. Augenzeugen machten die *gendarmérie* für diesen Massenmord verantwortlich, zum Teil wurde aber auch direkt die FPI der Massaker beschuldigt. Umgekehrt hatte auch die RDR auf die Gewalt der Straße gesetzt, um Gbagbo schnellstmöglich zu beseitigen. Diese Vorgänge überschatteten die durchaus beispielhafte Entmachtung Guéis nach Belgrader Muster.

Das Jahr 2001 begann mit einem Putschversuch (7./8.1.), der mit Mühe abgewendet werden konnte, und dann Versöhnungsbemühungen, die in einem *Forum de Réconciliation Nationale* endeten. Akzeptable Kommunalwahlen bestätigten, dass die Sympathien für die drei großen Parteien in der Bevölkerung fast gleich verteilt sind. Die Gebergemeinschaft honorierte die Anstrengungen Gbagbos zur Konsolidierung mit zahlreichen Hilfszusagen. Mit der Bildung einer breit angelegten Regierung – unter Einschluss von RDR und PDCI (Anfang August 2002) schien der Weg zur Stabilisierung bereitet. Auch die öffentlichen Finanzen schienen allmählich saniert werden zu können. Dann folgte der Putsch.

Ursachen der Krise in Côte d'Ivoire

Es wäre vollständig überzogen, Frankreich als Verursacher der ivoirischen Krise zu identifizieren. Dennoch kann man die Ex-Metropole zu den strukturellen Ursachen in Beziehung setzen:

1. Die **inneren Widersprüche des „ivorischen Wunders“** der 1970er Jahre traten seit den 1990er Jahren immer offener zu Tage: schockanfällige Abhängigkeit vom wichtigsten agrarischen Exportgut Kakao (eine koloniale Prägung!), Aufbau einer Rentenökonomie als Gegenstück zum politischen Neopatrimonialismus, Abhängigkeit von Arbeitsmigranten, Zerstörung des Ökosystems Wald durch Pflanzungen und im Zuge forstwirtschaftlicher Ausbeutung – eine weitere Flächenausweitung ist nicht mehr tragbar. Die internationalen Rettungsversuche durch Strukturanpassungsprogramme seit den 1980er Jahren hatten keine Chance, weil sie als Partner reformfeindliche Eliten vorfanden, ein Strukturwandel wurde gerade nicht eingeleitet. Der Staat verlor Ende der 1990er Jahre die Fähigkeit, seine Angestellten zu bezahlen – und das Vertrauen der Geldgeber. Die „Vitrine“ Westafrikas war einst auch das Schaustück gelungener französischer Dekolonisierung, dieses Bild hat sich nun fast in sein Gegenteil verkehrt.
2. Aus einem strikt politischen Blickwinkel ist das Land mit den Konsequenzen einer **späten und gewaltsamen demokratischen Transition** konfrontiert. Nach einer ersten Liberalisierung im Jahre 1990 (Zulassung des Mehrparteiensystems) konnte das PDCI-Regime seine Gegner lange in Schach halten, ohne weitergehende politische Reformen einzuleiten (Wahlmanipulationen, Korruption, abhängige Justiz etc.). Von offizieller französischer Seite wurde daran nie etwas kritisiert. Das System Houphouët überlebte sogar eine ernsthafte Nachfolgekrise zum Zeitpunkt des Todes des ersten Präsidenten. Der Militärputsch Guéis besiegelte vorläufig das Ende des *ancien régime*. Das Verfassungsreferendum im Juli 2000 schuf neue Spielregeln noch unter der Diktatur. Der Aufstand der Straße nach einem Wahlfälschungsversuch beendete das autoritäre Zwischenspiel, die FPI, einst die glaubhafteste Oppositionspartei, setzte sich durch, allerdings eben nicht friedlich. Und nur die französische PS, nicht aber das restliche politische und ökonomische Establishment in der Metropole konnte sich darüber freuen.

3. Die **Internationalisierung lokaler und nationaler Konflikte** hatte bereits mit der Involvierung der Nachbarländer Burkina Faso, Côte d'Ivoire und später Guinea in den Bürgerkrieg Liberias einen Schub bekommen. In Sierra Leone engagierte sich besonders Liberia, und weiter im Westen verschmelzen die Konfliktherde in der Casamance (Senegal) und im benachbarten Guinea-Bissau. Insbesondere Blaise Compaoré, Präsident von Burkina Faso, gilt als Brandstifter. Es ist sicher, dass er Anhänger Guéis nach dessen gescheitertem Wahlputsch im Oktober 2000 aufnahm. Und Paris bedient sich gern der Dienste des Putschisten, ohne ihn – wenigstens offen – für seine Eskapaden zu kritisieren. Die regionalen Friedenskapatitäten (der ECOWAS) hat Frankreich erst im Oktober 2002 entdeckt.
4. Weniger deutlich sind die Verbindungslinien zur schleichenden **Staatsinversion**, die bereits mit den Krisensymptomen der späten 1980er Jahren begann. Nachlassende Patronagemöglichkeiten gegenüber der Elite als Folge der (weltmarktinduzierten) Wirtschaftskrise, Zusammenbruch wohlfahrtsstaatlicher Errungenschaften, öffentliche Unsicherheit und Verlust des Gewaltmonopols in den 1990er Jahren sind die Vorläufer der zu beobachtenden Vorfälle.
5. Die wahrnehmbare **Spaltung** des Landes ist Folge der von politischen Unternehmern heraufbeschworenen Zuspitzung der großen identitären Konfliktlinien, die sich weitgehend parallel zueinander aufbauen, daher gegenseitig verstärken: Nach der älteren religiösen Konfliktlinie (die beiden ersten Staatspräsidenten präsentierten die Côte d'Ivoire stets als christliches Land, das es vom demographischen Standpunkt aus nie war; Gbagbo driftet heute immer mehr in eine christlich-fundamentalistische Richtung ab) entwickelte sich die Nord-Süd-Konfliktlinie im Zeitalter des Parteienpluralismus (Ausgrenzung Ouattaras, der dann mit der RDR die Gründung einer regional ausgerichteten Oppositionspartei betrieb) und schließlich die von Bédié initiierte *Ivoirité*-Kampagne. Einzelnen örtlichen Pogromen gegen Einwanderer aus dem Sahel schon seit 1995 folgte seit Ende 1999 (28% der Bevölkerung sind Ausländer) eine extreme Polarisierung der veröffentlichten Meinung und 2002 die physische Spaltung. Den Frieden garantieren hieß für Frankreich nun aber auch, diese Spaltung wenigstens mittelfristig zu zementieren.

Selbst wenn ivoirische Politiker in erster Linie Verantwortung tragen, stellt sich schon die Frage, ob Frankreich auf die strukturellen Herausforderungen jemals eine Antwort hatte. Am Ende waren die Antworten allein reaktiver Natur.

Ausländerfeindlichkeit: Anti-französische Ressentiments und *Ivoirité*

Trotz gelegentlicher anti-französischer Proteste in den letzten zwei Jahren war bis zur Eskalation im November 2004 die Ausländerfeindlichkeit vor allem gegen Einwanderer aus den Sahelländern Burkina Faso und Mali gerichtet (und rhetorisch auch gegen die libanesischen Händler). Es muss betont werden, dass die Ideologie der sogenannten *Ivoirité* nicht von der jetzigen Regierung erfunden wurde. Diese hatte Präsident Bédié seit 1994 entwickeln lassen. Gemäß der ultranationalen Doktrin gab es Staatsbürger erster und zweiter Klasse; in die zweite Klasse wurden die Angehörigen der nördlichen, muslimischen Ethnien (Sammelbegriff „Dioula“) eingeordnet, deren ethnische Identität mit derjenigen von Bevölkerungsgruppen aus Mali und Burkina Faso übereinstimmte. Ouattara, ein ehemaliger stellvertretender IWF-Direktor und Premierminister, schwang sich in den 1990er Jahren zum Sprachrohr der Marginalisierten auf. Er war gleichzeitig selbst der Grund, weshalb Bédié seine Polemik forcierte.

Zwei wesentliche Hintergründe für die Ausländerfeindlichkeit gilt es zu verstehen: 1. die wahltaktischen Überlegungen einer Elite, der es an besseren Argumenten fehlt, und 2. Bevölkerungsdruck und lokale Landkonflikte zwischen „Einheimischen“ und „Fremden“:

Es geht also nicht zuletzt um Wahlchancen. Die zunehmende und gefährliche Simplifizierung der Gegensätze hat die Ausländerfeindlichkeit inzwischen zu einer Polarisierung zwischen den aus dem Norden stammenden muslimischen Ivoirern plus Zuwanderern aus den Sahelländern auf der einen Seite sowie „echten“ Ivoirern aus dem Süden geführt. Hier kommt die FPI ins Spiel, die schon bei den stark manipulierten Wahlen von 1990 gegen das aktive Wahlrecht der von der PDCI „eingekauften“ Ausländer protestiert hatte.

Am 19.11.2002 führten schon die ersten Gerüchte über ein Komplott „des“ Nordens zu fremdenfeindlichen Racheakten in den Armenvierteln Abidjans und zur Zerstörung der Privatvilla Ouattaras, der als wichtigster Gegenspieler Gbagbos gilt. Der Streit um Ouattaras Nationalität (*Burkinabè* oder Ivorer?) und die Frage seiner Wählbarkeit hatten das Land über die letzten Jahre gespalten. Aber Ouattara, der sich über die Residenz des deutschen Botschafters in die französische Botschaft rettete, distanzierte sich öffentlich von den Rebellen, wie dies auch alle anderen Parteien taten.

Doch es geht bei der Ausländerfeindlichkeit eben auch um die Verteilung der Überlebensressource Land angesichts einer langanhaltenden Krise des Exportgutes Kakao. Das wird im Wesentlichen in den Hochburgen Gbagbos von Einwanderern oder Wanderarbeiten aus dem Sahel angebaut – und nun wollen die Ansässigen ihr Land zurück. Das sind nicht nur politische Kalküle: Mit ca. 28% Ausländeranteil ist Côte d'Ivoire in einer Extremlage. Insofern ist ein Konfliktgrund auch die fortdauernde Migration aus dem Sahel, und es müsste in Burkina und Mali an den Faktoren gearbeitet werden, die Menschen dazu treiben, ihre Heimat zu verlassen.

Hinzugetreten ist nun eine ausgeprägte Franzosenfeindlichkeit – wenigstens in der Metropole Abidjan. Bei genauerem Hinsehen dominieren die Ambivalenzen und sind bestimmte Konjunkturen von Ablehnung und Zustimmung zu erkennen. Allerdings scheint es zuletzt eine dramatisch negative Dynamik gegeben zu haben.

Französisches Engagement in Afrika, im Besonderen in der Côte d'Ivoire

Das ökonomische Gewicht Frankreichs in Afrika und die Bedeutung Afrikas für Frankreich müssen richtig eingeordnet werden. Außenwirtschaftlich gesehen sind EU und USA bei weitem die wichtigsten Referenzpunkte Frankreichs, nur ca. 5% der französischen Exporte fließen nach Afrika. Frankreich bleibt aber wichtigster Handelspartner für viele afrikanische Staaten (vor allem ehemalige Kolonien), auch daraus erwächst ein sichtbares Gewicht auf dem Nachbarkontinent. In einem Land wie Kamerun stammten im Jahr 2003 rund 30% der Importe aus Frankreich (in der Côte d'Ivoire 20,2%). Aber noch einschneidender ist die jahrzehntelange Einflussnahme des französischen Schatzamts in der Währungspolitik.

In seinem militärischen Engagement (d.h. mittels *forces pré-positionnées*, technischer Kooperation und Kriseneinsätzen) konzentriert sich Frankreich immer noch auf die ehemaligen französischen Kolonien, das sind 17 Staaten in West- und Zentralafrika sowie Djibouti und zwei Inselrepubliken im Indischen Ozean.

Ehemalige französische Kolonien in Afrika:

Westafrika	Zentralafrika	Horn von Afrika/ Indischer Ozean
Benin Burkina Faso Côte d'Ivoire Guinea Mali Mauretanien Niger Senegal Togo	Gabun Kamerun Kongo (Brazzaville) Tschad Zentralafrikanische Republik	Djibouti Madagaskar Komoren *

* Hinzu kommen die Inseln Réunion und Mayotte als *département d'outre-mer* bzw. *collectivité départementale*.

Außerhalb Afrikas ist Frankreich im Kosovo, in Bosnien und Afghanistan militärisch engagiert, aber das Gewicht des Engagements auf dem Nachbarkontinent bleibt auch in Relation hierzu bedeutsam.

Seit der Dekolonisation haben sich einige Veränderungen ergeben. Die gaullistische Konzeption der internationalen Prestigewahrung (Großmachtideale) bei Sicherung lebenswichtiger Ressourcen baute auf den Erhalt einer Einflusszone in den ehemaligen Kolonien auf, hierzu wurden erhebliche Mittel für die Militärkooperation bereitgestellt. Lediglich Guinea entzog sich der Umklammerung.

Zur Pflege der französischen Sprache und Kultur weltweit dient die Frankophonie-Bewegung, die zu 60-65% von Frankreich finanziert

wird, gefolgt von Kanada und dann im weiten Abstand der Schweiz, Belgien und der kanadischen Provinz Québec. Rund € 180 Mio. beträgt das Budget der *Organisation Internationale de la Francophonie*, die weltweit 600 Personen beschäftigt. Afrikapolitisch spielen die Frankophonie-Gipfel eine Rolle; es sind Gelegenheiten, bei denen sich der Club der frankophonen Staatenlenker trifft. Längst nicht alle sind Demokraten. Sie mussten sich auch nach 1990 nur oberflächlich den neuen Anforderungen beugen. Es waren Wahlbeobachter der Frankophonie, die den Wahlen in Kamerun Anfang Oktober 2004 ein gutes Zeugnis ausstellten, Wahlen, die der seit 22 Jahren regierende Präsident Biya mit über 75% der Stimmen gewann und bei denen nur die Hälfte aller Bürger im wahlfähigen Alter als Wähler

registriert waren. Auf dem Gipfeltreffen in Ouagadougou/Burkina Faso (26./27.11.2004) wurde eine Resolution zur Côte d'Ivoire verabschiedet, die dem französischen Kurs voll entsprach. Außer Gbagbo waren die Staatspräsidenten Guineas, Mauretaniens und Togos nicht erschienen, die das Regime in Burkina der Destabilisierung verdächtigen.

Vielleicht wichtiger noch waren die intensiven Beziehungen, die französische Interessengruppen über informelle Netzwerke knüpften, die zum Teil parteigebunden waren, zum Teil über Geschäftsbeziehungen legaler, halblegaler und auch illegaler Art liefen. Die Zahl der Skandale ist groß, am bekanntesten sind vielleicht die Affären um den staatlichen Erdölproduzenten „Elf“ oder auch „Angolagate“. Die kulturellen Zusammenhänge – ein Studium in Frankreich, ein Fortbildungslehrgang, die mit Afrikanern durchgesetzte erste Liga des Volkssports Fußball – und ihre Übertragungen nach Afrika, dezentralisierte Kooperationsformen zwischen Gemeinden und Regionen etc. – die Verbindungslinien sind unzählig und vielfältig und womöglich intensiver als zur Zeit des Kolonialismus. Es mögen asymmetrische Beziehungen sein, aber es sind keine einseitigen Beziehungen. Sie hatten und haben zur Folge, dass zumindest afrikanische Eliten ein Sonderverhältnis zur ehemaligen Kolonialmacht aufbauen. Das Phänomen der *extraversion culturelle* bahnt sich weiter seinen Weg. Im engeren politischen Zusammenhang hieß und heißt das für afrikanische Parteiführer, dass die Kernerarbeit in den Wahlkreisen weniger Aufmerksamkeit bekam als Besuche in Frankreich, unabhängig davon, ob man in der Regierungsverantwortung oder in der Opposition war. Eigentlich hatte man schon vor rund 15 Jahren mit einem tiefen Einschnitt in der französischen Afrikapolitik gerechnet. Mit der Demokratisierungswelle Anfang der 1990er Jahre wurde die bedingungslose Unterstützung befreundeter Regime in Paris zumindest in Frage gestellt. Mitterrand hielt im Juni 1990 auf dem franko-afrikanischen Gipfel in La Baule eine vielbeachtete Rede, in der in Aussicht gestellt wurde, dass die künftige Unterstützung Frankreichs von der Einführung demokratischer Reformen abhängig sein werde. Bei genauerem Lesen beinhaltete aber auch diese Rede mehr Elemente der Kontinuität als des Wandels.

Einen spürbaren Einschnitt stellte erst das Fiasko des französischen Rwanda-Engagements mit Genozid und Sieg der Rebellenbewegung FPR dar (1994).⁷ Die Rolle Frankreichs im Zusammenhang mit dem Völkermord beschäftigte die Öffentlichkeit monatelang. Und die Administration musste reagieren. Mit der allgemeinen

⁷ In diesen Zeitraum fällt auch die 50-prozentige Abwertung des FCFA, die ebenfalls von vielen Beobachtern als wichtiger Einschnitt gesehen wird.

Überarbeitung der Afrika-Doktrin, die einem graduellen *disengagement* gleichkam, wurden auch die militärischen Verbindungen neu überdacht. Frankreichs Rolle während des Genozids in Rwanda wurde erstmals von einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss überprüft. Wenig später folgte der Sturz des Mobutu-Regimes im ehemaligen Zaire, auch er hatte als enger Verbündeter gegolten (1997). In diesem Zusammenhang erfolgte auch die Schließung von zwei Militärbasen in der Zentralafrikanischen Republik (1997/98). Beim Sturz des gewählten Präsidenten Lissouba in Kongo(-Brazzaville) griff Frankreich ebenfalls entgegen der Gewohnheiten nicht ein (1997).

Einsparungen im afrikapolitischen Engagement erwog bereits die konservative Regierung Balladur. Die 1997 unter Jospin gebildete Regierung schrieb sich noch deutlicher gleichzeitig die Rückführung des militärischen Engagements (geplant auf 5.500 Soldaten in 2002) und die Eindämmung der berüchtigten franko-afrikanischen Netzwerke auf die Fahne. Entsprechend änderte sich auch die bislang übliche Interventionspolitik – Frankreich hatte seit der Unabhängigkeitswelle in den 1960er Jahren und bis Mitte der 1990er Jahre mehr als drei Dutzend Mal (offen und verdeckt) militärisch in Afrika interveniert. Als Nagelprobe galt allerdings, ob auch Putschversuche und Rebellionen in den vier Kernstaaten französischen Engagements – Côte d'Ivoire, Gabun, Kamerun und Senegal – ohne Reaktion bleiben würde. Als Paris den „Weihnachtsputsch“ 1999 in der Côte d'Ivoire nicht verhinderte oder rückgängig machte, liefen die Schockwellen durch zahlreiche Präsidentenpaläste auf dem Nachbarkontinent. Aber Frankreich blieb zum Jahrtausendwechsel acht afrikanischen Staaten⁸ durch (mit Geheimklauseln versehene) Verteidigungsabkommen sowie 23 Militärhilfebkommen verbunden.

Vor Beginn der ivoirischen Krise (Rebellion September 2002) waren nur noch 6.000-6.500 (1960: 60.000) französische Soldaten in Afrika stationiert

⁸ Côte d'Ivoire, Djibouti, Gabun, Kamerun, Komoren, Senegal, Togo, Zentralafrikanische Republik. In den jüngsten Krisen in der Côte d'Ivoire und in der ZAR bemühten sich die Präsidenten Gbagbo und Patassé vergeblich, den „Verteidigungsfall“ zu beschwören (Angriff von außen, in beiden Fällen wäre das angesichts der Einmischung Burkinas bzw. des Tschad zu rechtfertigen gewesen), der massives französisches Handeln hätte motivieren müssen. Zum Beginn des Einsatzes in der Côte d'Ivoire vgl. *Marchés Tropicaux et Méditerranéens*, 4.10.2002.

Französische Truppen in Afrika 1997, 1999 und 2004:

	1997	1999	2004
Tschad	840	977	950 (<i>Epervier</i>), darunter Einheiten, die für die „Operation Dorca“ (humanitäre Hilfe gegenüber Flüchtlingen aus Darfur/Sudan) eingesetzt sind
Côte d'Ivoire	580	572	4.500 <i>Opération Licorne</i> plus <i>43eme BIMA</i>
Zentralafrikanische Republik (ZAR)	1.390	0 (Schließung der beiden Basen in Bangui und Bouar)	190 + <i>soutien technique</i> der CEMAC-Truppen (C 130, Fahrzeuge, Betreuung aus Libreville),
Gabun	600	583	(600-800)
Senegal	1.265	1.163	(1.200-1.300)
Djibouti	3.450	3.013	(2.800-3.300)
Insg.	8.125	6.308	(10-11.000)

Quellen: <http://www.assemblee-nat.fr/budget/plf2000/a1863-03.asp>, <http://www.senat.fr/rap/197-088-3/197-088-36.html>, website *Ministère de Défense*; in Klammern: diverse Internet-Quellen

Diese Tabelle verdeutlicht den Einschnitt ab 1997 und den starken Anstieg im neuen Jahrtausend. Djibouti ist als Standort im Kampf gegen den Terrorismus seit 2001 eher bedeutsamer denn je, Tschad hat jüngst im gleichen Zeitraum aus dem selben Grund an Bedeutung gewonnen, Gabun wurde nach der Schließung der Basen in der ZAR wichtiger.

Als Seitenthema nicht ohne Interesse ist der Einfluss französischer Medien auf die Politik in den frankophonen afrikanischen Staaten. Das Gewicht der Agentur *Agence France Press* und des Auslandsrundfunksenders *Radio France International* ist bedeutsam; *Le Monde*, *Le Figaro* und *Libération* ist regelmäßig in großer Intensität aus den ehemaligen Kolonien, zum Teil mit intensiver Meinungsmache. So stellte *Libération* die Rebellion in der Côte d'Ivoire im September 2002 zunächst als Abrechnung innerhalb des Regimes dar und verschleierte damit die weitreichenden Verbindungslinien der Rebellen ins Ausland. Aber französische Reporter geraten auch zunehmend in die Schusslinie. Vor einem Jahr wurde der prominente französische RFI-Korrespondent Jean Hélène in Abidjan von einem Polizisten erschossen (21.10.2003), wenig später „verschwand“ der franko-kanadische Enthüllungsjournalist Guy-André Kieffer.

Mit der neogaullistischen Regierung Raffarin kam ein neuer/alter Zungenschlag in die französische Afrikapolitik, die der sehr an Afrika interessierte Außenminister de Villepin in die Worte „keine Einmischung, aber auch keine Indifferenz“ kleidete, der als Ausdruck eines wieder verstärkten Interesses an Afrika gedeutet wurde. In der Praxis hatte diese Politik zur Konsequenz, dass sich Frankreich zwar leicht verspätet, aber dann massiv in der Côte d'Ivoire engagierte. Man könnte auch argumentieren: Zur Absicherung der

Politik gegenüber diesem Kernstaat wurde die Doktrin ein weiteres Mal verändert.

Schon das Faktum, dass der ivoirische Staat nie konsequent eine schlagkräftige eigene Armee aufbaute, weil man auf die abschreckende Wirkung der französischen Truppen vertraute, ist bemerkenswert. Im August 2002 erklärte Präsident Gbagbo in einer Grundsatzrede vor Vertretern der ECOWAS-Staaten, man müsse im militärischen Bereich von einer Abschreckungs- auf eine regionale Kooperationslogik umschalten; dies gelang in der Kürze der Zeit nicht. Die Eskalation der Lage am 19.9.2002 rief zunächst ca. 300 französische und auch US-Truppen allein zur Evakuierung von eigenen Staatsangehörigen auf den Plan. Paris befand sich in einer unkomfortablen Lage, wollte sich weder für die ungeliebte (wohl auch, weil sozialistische) Regierung Gbagbo engagieren, noch seinen damals ca. 20.000 Staatsbürgern und Interessen vor Ort Schutz verweigern. Dieser Balanceakt war kaum durchzuhalten. So sah sich die französische Regierung nach dem Waffenstillstand im Oktober und vor allem dann im Dezember zu sehr viel aktiverem Engagement aufgefordert, das zumindest ansatzweise einer Unterstützung der Regierung nahe kam. Damit war es mit der vollmundig bekundeten Politik der Nichteinmischung wieder vorbei.⁹

Schon bald stand Frankreich mit 3.000 Mann in der ehemaligen Kolonie (*Opération Licorne*, durch die UN mandatiert). Der Verdacht, dass eine (neo-)gaullistische Regierung ein Zurück in die alte, interventionistische Afrikapolitik betreiben wolle, ließ sich schlecht zerstreuen. Außenminister de Villepin ließ verlauten, man engagiere sich „*sans complexe*“. Während viel

⁹ So noch verkündet von Außenminister Védrine am 11.7.2001 in einem Interview mit *Le Monde*.

dafür spricht, dass der Bürgerkrieg ohne Franzosen voll entbrannt wäre, hätte man den Verantwortlichen nach den Erfahrungen in Rwanda doch etwas mehr „Komplexe“ gewünscht, ehe sie die größtangelegte Militäroperation seit dem tschadischen Abenteuer in den 1980er Jahren beschloßen.

Frankreich hat dann bei Paris (Linass-Marcoussis) im Januar 2003 einen Friedensplan durchgesetzt, der zwar wichtige Bedingungen für einen dauerhaften Frieden auflistet (die wiederum Verfassungsänderungen voraussetzen), dessen „Ausführungsbestimmungen“ (sprich das konkrete *power-sharing*) sich bei dem Treffen im Konferenzzentrum *Kléber* wenig später aber als nicht realisierbar erwiesen. Man konnte in Abidjan und insbesondere im Militär nicht akzeptieren, dass sich die Rebellen – mit französischem Segen! – ausgerechnet Verteidigungs- und Innenministerium unter den Nagel reißen, also die beiden Ressorts, bei denen es um Sicherheit geht. Schon der vorausgehende Schritt – über die Verhandlungen in Marcoussis die Rebellen salonfähig gemacht zu haben – war bedenklich.¹⁰ Frankreich hatte sich nun in eine schwierige Lage manövriert. Für die Ivorer sah es so aus, als habe Paris die Seiten Richtung Rebellen gewechselt, das führte unmittelbar zur Gefährdung französischer Interessen und französischer Staatsbürger im Südteil des Landes. In Accra (Ghana) wurden schließlich diese Ergebnisse nachverhandelt, der neue Premierminister Diarra konnte eine breite Regierung bilden, was aber nicht mit Frieden gleichzusetzen ist. Seit nunmehr über zwei Jahren ist das Land gespalten und diese Spaltung wird durch das französische (plus ECOWAS plus UN-)Engagement eingefroren. Die Bilanz des Engagements ist aber bestenfalls zwiespältig: mehrere Tausend Franzosen sind vermutlich endgültig nach Frankreich zurückgekehrt, die territoriale Integrität der Côte d'Ivoire wurde offenbar nicht als höheres Gut anerkannt, der eigene Ruf hat auf beiden Seiten äußerst gelitten. Und eine Multilateralisierung der Verantwortung über ECOWAS und UN ist nur bedingt gelungen.

Multilateralisieren – aber wie? Regionales Krisenmanagement ohne Prävention

Gebetsmühlenartig wird in Paris die afrikanische Initiative als ausschlaggebend für eigenes Handeln genannt. „Dieser Wille, unsere Mittel in den Dienst einer kollektiven afrikanischen Absicht zu stellen, erscheint uns als wesentlicher Aspekt

unserer Politik auf dem Kontinent.“¹¹ Gerne weist man darauf hin, dass die Einmischung in die Krise Madagaskars als Unterstützung der damaligen OAU zu verstehen sei und im Falle der Côte d'Ivoire eine Unterstützung der ECOWAS-Bemühungen im Vordergrund standen. Schon im Sommer 2002 hatte Außenminister de Villepin vor dem *Institut des hautes études de défense nationale* eine Grundsatzrede zur Neuausrichtung der französischen Afrikapolitik gehalten. Als erstes Prinzip französischen Eingreifens nannte er damals den Schutz legitimer Herrschaft. Aber wer bestimmt, was legitim ist? Offenbar hat Präsident Chirac beschlossen, dass Gbagbo dies nicht mehr ist, wenn er von einem „faschistischen Regime“ spricht. Zunächst hat die internationale Gemeinschaft – ob nun AU oder der UN-Sicherheitsrat – die französische Position gestärkt. Mittelfristig wird sich diese Koalition kaum halten lassen. Die reichhaltige Interventionsgeschichte Frankreichs bleibt in der Region gut in Erinnerung, hier ist vor allem der Gegensatz zur anglophonen Welt bestimmend. In Westafrika gilt die Rivalität zwischen Frankreich und Nigeria als eine Konstante der gesamten Regionalpolitik.

Die selbstbewusste und leicht verzerrte Eigenwahrnehmung Frankreichs erleichtert die Koalitionsbildung auch nicht gerade. Paris sieht sich auf internationaler Bühne – zum Beispiel im G8-Rahmen – gern als Vorkämpfer für afrikanische Interessen, als altruistischer *player*, gleichzeitig als europäische *lead nation* (vollauf verdient z.B. bei der Artemis-Operation in Ostkongo 2003). Damit stimmt nicht ganz überein, dass gerade in militärischer Hinsicht wichtige Informationen ungern weitergegeben werden, dass es Geheimklauseln zu bestehenden Militärabkommen gibt, dass sich Entscheidungen zu Intervention oder Passivität einigermaßen klar mit den eigenen Interessenlagen Frankreichs erklären lassen. Und natürlich auch im ökonomischen Bereich der Umstand, dass Frankreich bremst, wenn es um den Abbau von Agrarsubventionen geht, die afrikanische Produzenten unmittelbar schädigen.

Trotz dieser Irritationen bleibt richtig, dass man Frankreich in der ivorischen Falle nicht allein lassen sollte. Französische und ECOWAS-Truppen haben den Waffenstillstand Ende 2002 gemeinsam gesichert, danach kam die UN-Mission, aber das reicht offenbar nicht aus. Ermutigend war, dass sich die ECOWAS, insbesondere der Generalsekretär Ibn Chambas und die ghanaische Präsidentschaft resolut für den Frieden eingesetzt haben bis hin zum Abkommen Accra III (30.7.2004), das freilich wieder nicht zu einem

¹⁰ Dies gilt grundsätzlich für Formen der *cheap diplomacy* in afrikanischen Konflikten, vgl. Denis M. Tull/Andreas Mehler: The Hidden Costs of Power-Sharing: Reproducing Insurgent Violence in Africa, i.E.

¹¹ Bruno Joubert (*directeur Afrique et océan Indien* im Außenministerium): L'Afrique subsaharienne aujourd'hui: une vision française, in: *Marchés Tropicaux et Méditerranéens*, 9.5.2003, S.966.

stabilen Frieden führte. Die ECOWAS-Involvierung ist unverzichtbar, um die Verbindung des Konflikts mit Konflikten in den Nachbarländern auch in den Griff zu bekommen. Es ist bezeichnend, dass es getrennte UN-Missionen für die benachbarten Staaten Sierra Leone, Liberia und Côte d'Ivoire gibt. Selbst wenn die ECOWAS organisatorisch noch nicht so weit ist, muss auf dieser Ebene mehr geschehen. Dazu wäre es u.a. aber auch wichtig, dass die Organisation nicht nur als Club von Staatschefs verstanden wird. Die Parlamentarisierung der Organisation wäre hierzu ein wichtiger Schritt.

Die AU hat sich zum wiederholten Male ebenfalls eingeschaltet. Die alarmierten afrikanischen Präsidenten täuschen sich nicht: der mögliche Zerfall der Côte d'Ivoire gefährdet jüngste Anstrengungen, wieder Vertrauen in den Kontinent zu generieren (Stichwort „NePAD“), und ganz unmittelbar auch die Stabilität der Nachbarländer. Diese Krise betrifft Westafrika massiv und die junge AU ebenfalls.

Eine mögliche weitere Eskalation der Gewalt wird auch zur weiteren ethnisch-religiösen Polarisierung führen – weit über die Grenzen des Landes hinaus. Der mögliche Rückstrom von Gastarbeitern in die Nachbarländer wird diese destabilisieren. Ein heute eher hypothetischer Sieg der – inzwischen zerstrittenen und vermutlich an Legitimität auch im Norden verlierenden – Rebellen würde zu einer anhaltenden Guerillatätigkeit im Süden des Landes führen. Kann umgekehrt die Regierung den Norden nicht mehr unter Kontrolle bekommen, wie dies nach dem Stopp der Angriffe wahrscheinlich erscheint, wird eine Ausweitung „gewalttätiger Räume“ stattfinden. Die Kriminalisierung der Ökonomie des Nordens deutet sich bereits an. Der Aufbau einer richtiggehenden regionalen Sicherheitsarchitektur in Westafrika wird im Übrigen angesichts der sich ausbreitenden Staatsschwäche nur unter Einschluss nicht-staatlicher Sicherheitsproduzenten (z.B. traditionelle Autoritäten, lokale Bürgerwehren) gelingen können.

Chirac allein zu Haus?

Der ivoirische Parlamentspräsident Koulibaly hat Frankreich ein zweites „Vietnam“ versprochen. Er fordert außerdem eine „Nachverhandlung des *pacte coloniale*“¹². Der FPI-Vertreter in Großbritannien Bayeto meinte französischen Bürgern zusichern zu müssen, dass man nichts gegen Zivilisten und Unternehmen habe. „*Nous n'avons pas de problème avec les firmes françaises en*

Afrique. Le problème que nous avons, c'est la politique du président Chirac en Afrique. Ce pour quoi nous luttons aujourd'hui, c'est pour que la France laisse le peuple ivoirien tranquille“.¹³ Das sind womöglich zu große Worte, aber es könnte sehr leicht zu weiteren Zusammenstößen zwischen französischem Militär und ivoirischen Demonstranten kommen, die unerträgliche Bilder produzieren. Was wird aus dem militärischen Engagement Frankreichs und inwiefern betrifft dies eine noch kaum entwickelte, aber wünschenswerte gemeinsame europäische Afrikapolitik? Nach Lage der Dinge sind französische Truppen immer noch am ehesten in der Lage, kurzfristig Schlimmeres zu verhindern – allerdings zu einem hohen Preis. Erleben wir ein „Vorwärts in die Vergangenheit“ neokolonialer Einmischung oder doch eine prinzipiengeleitete und multilateral abgesicherte Politik zum Schutz von Demokratie und Menschenrechten? Kann Berlin in diesem Sinne auf Paris einwirken?

Die Analyse sollte klar sein: Nur eine konsequentere Multilateralisierung (vor allem im europäischen Rahmen) und die Anerkennung, dass man sozialen Wandel, innere Krisen und Staatszerfall von außen nur bedingt aufhalten kann – und ganz bestimmt nicht ausschließlich mit militärischen Mitteln –, wird zu einem notwendigen weiteren *aggiornamento* französischer Afrikapolitik führen. Dieses wäre letztlich in Frankreichs eigenem Interesse.

Davon sind wir zur Zeit weit entfernt. Einmal setzt die konservative Regierung wieder verstärkt auf bilaterale statt multilaterale Hilfe. Und zum anderen wird deutlich, dass neue Netzwerke an die Stelle der abgestorbenen getreten sind. Sie sind offenbar immer noch Bestandteil der „postkolonialen Situation“. Es sind nicht die gleichen handelnden Personen und es ist überhaupt nicht so, dass Afrikaner nur die Objekte einer fremdbestimmten Politik wären. Aber die koloniale Vergangenheit wirkt nach, über 40 Jahre nach ihrer formalen Beendigung. Es hat eine gewisse Tragik, dass gerade jetzt ein französischer Präsident regiert, der sich sehr wohl in einem kolonial inspirierten Paternalismus gefällt und Stereotypen „vom Afrikaner“ (seiner Demokratieunfähigkeit, seiner prinzipiellen Lebensfreude etc.) pflegt. Für Differenzierungen ist da offenbar wenig Platz. Dies macht es auch nicht einfacher, mit Frankreich afrikapolitisch zu kooperieren. Ob es über die Solidaritätsadressen und erfüllten Sanktionswünsche hinaus also weitere Hilfestellungen für Frankreich gibt, sich aus der Alleinverantwortung und aus einem kaum gewinnbaren Spiel zu retten, hängt maßgeblich von Frankreich ab und von seinem Präsidenten, der in der Afrikapolitik weiterhin alle Fäden in der Hand hält.

¹² Le Monde, 19.11.2004. Koulibaly galt schon in den 1990er Jahren als scharfer Kritiker der währungspolitischen Abhängigkeit von Frankreich. Als „Nordist“ und Muslim, gleichzeitig aber *hardliner* des FPI-Regimes fallen seine Einlassungen aus einem ethnisierenden Interpretationsschema klar heraus.

¹³ AFP, 24.11.2004.

Neuere Literatur:

- Akindès, Francis: *The Roots of the Military-Political Crises in Côte d'Ivoire*, Uppsala 2004
- Brüne, Stefan: Halbherzige Reformen: Frankreich in Westafrika. In: Kolboom, Ingo/Rill, Bernd (Hrsg.): *Fran-kophonie – nationale und internationale Dimensionen*, (=Hanns-Seidel-Stiftung: Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 35), München 2002, 109-113
- Brüne, Stefan/Mehler, Andreas: Die neue französische Afrikapolitik – Face-lifting oder außenpolitische Wende?, in: *Afrika-Jahrbuch 1997. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara*, hrsg. v. Institut für Afrika-Kunde/Rolf Hofmeier, Opladen 1998, 46-58
- Brüne, Stefan/Quillien, Gaëlle: Ambitions et réalités de la PESC en Afrique. A travers l'analyse des crises à Madagascar et en Côte d'Ivoire. In: *NORD-SÜD aktuell*, 16 (2002) 4, 605-612
- Chafer, Tony: Franco-African Relations: No longer so exceptional, in: *African Affairs* 101 (2002) 404, 343-363
- Galy, Michel: Côte d'Ivoire: la violence, juste avant la guerre. In: *Afrique contemporaine* 209 (2004), 117-139
- Gillet, Nathalie: Alter Wein in neuen Schläuchen. Die französische Entwicklungshilfe schaut wieder auf Afrika, in: *Der Überblick* 1/2004, 6-11
- Leymarie, Philippe: L'éternel retour des militaires français en Afrique, in: *Le Monde Diplomatique*, novembre 2002, 24-25
- Löhr, Johanna: *Frankreichs Afrikapolitik – Kontinuität und Wandel seit 1990* (=Studien zur Deutschen und Europäischen Außenpolitik), Trier 2003
- Mehler, Andreas: Neue Regeln, altes Spiel. Warum man die Reform der französischen Afrikapolitik näher betrachten sollte, in: *E+Z*, 40 (1999) 12, 339-341
- Mehler, Andreas: Rebellion und Putschversuch in der Côte d'Ivoire (= SWP aktuell, 39), Berlin 2002
- Smith, Stephen: La politique d'engagement de la France à l'épreuve de la Côte d'Ivoire, in: *Politique Africaine* 89 (2003), 112-126
- Der Überblick 1/2004 (Themenschwerpunkt Französische Afrikapolitik)
- Whiteman, Kaye / Yates, Douglas: France, Britain, and the United States, in: Adekeye Adebajo / Ismail Rashid (Hrsg.): *West Africa's Security Challenges. Building Peace in a Troubled Region*, Boulder/Col. 2004, 349-379

Jüngste Ereignisse

- 29./30.07.2004 Gipfel von Accra unter Beteiligung zahlreicher afrikanischer Staatschefs sowie von AU-Präsident Konaré und ECOWAS-Generalsekretär Chambas (Abkommen von Accra III)
- 29.09.2004 Keine Annahme von wichtigen Gesetzesvorlagen zur Staatsbürgerschaft im ivoirischen Parlament
- 13.10.2004 Ablehnung der Rebellen, sich ab dem 15.10.2004 entwaffnen zu lassen
- 28.10.2004 Aufforderung der Rebellen an „ihre“ Minister, sich in den Norden zurückzuziehen
- 04.11.2004 Beginn von Luftangriffen der Regierung auf Rebellenterritorium
- 06.11.2004 Bombenangriff auf ein französisches Militärlager in Bouaké (9 Tote), Vergeltungsschlag zur Zerstörung der ivoirischen Luftwaffe
- 07.-09.11.2004 Anti-französische Ausschreitungen in Abidjan, Fluchtwelle aus dem Westen des Landes nach Liberia
- 10.11.2004 Beginn der Evakuierung ausländischer Bürger mit Hilfe der französischen Armee (über 5.000; auch die deutsche Luftwaffe beteiligte sich)
- 15.11.2004 UNSC-Resolution 1572: Waffenembargo und Sanktionsandrohungen
- 19.11.2004 Amtsübergabe von Gen. Doué an Col. Mangou als Generalstabschef. Mangou gilt als *hardliner*, der für die jüngsten Angriffe verantwortlich war. Doué wurde ein (pro-französischer?) Putsch zuge-
traut.
- 26./27.11.2004 Frankophonie-Gipfel in Ouagadougou ohne Gbagbo: der ivoirische Vertreter reist ab, als Grenzbe-
amte sein (anti-französisches) Propaganda-Material konfiszieren will.

Autor:

Dr. Andreas Mehler, Direktor des Instituts für Afrika-Kunde, Hamburg
E-Mail: mehler@iak.duei.de

Impressum: *AFRIKA IM BLICKPUNKT* erscheint unregelmäßig und bietet Hintergrundinformationen zu aktuellen Entwicklungen im subsaharischen Afrika. Herausgeber ist das Institut für Afrika-Kunde (IAK) in Hamburg.

Redaktionsanschrift:
Institut für Afrika-Kunde
Neuer Jungfernstieg 21
20354 Hamburg
Tel.: 040 / 42825-523
Fax: 040 / 42825-511
E-Mail: iak@iak.duei.de

Das IAK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Das Institut für Afrika-Kunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht des Instituts für Afrika-Kunde darstellen. Der Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit Erlaubnis der Redaktion gestattet.

Redaktion: Andreas Mehler
Satz: IAK

ISSN 1619-3156

Institut für Afrika-Kunde
Institute of African Affairs
im Verbund Deutsches Übersee-Institut
- Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft -
Neuer Jungfernstieg 21
20354 Hamburg
Tel.: 040 / 42825-523
Fax: 040 / 42825-511
E-Mail: iak@iak.duei.de
Internet: <http://www.duei.de/iak>



Afrika im Blickpunkt erscheint seit 2002. Alle bisher erschienenen Nummern sind über die Website des IAK kostenlos abrufbar. In den Jahren 2003 und 2004 sind erschienen:

Nr. 1 – 2003 März 2003	Lydia Gärtner	FESPACO: Von der "Dekolonisierung der Leinwände" zur Professionalisierung unter Marktbedingungen?
Nr. 2 – 2003 Mai 2003	Denis M. Tull	Neubeginn oder Illusion? Probleme und Chancen der politischen Transition in der DR Kongo
Nr. 3 – 2003 Sept. 2003	Judy Smith / Verena Wiesmann	Krieg kennt keine Grenzen. Die regionale Tragweite des Konfliktes in Liberia – eine Hintergrundanalyse
Nr. 4 – 2003 Nov. 2003	Olaf Nielinger	Afrika und der UN-Gipfel zur Informationsgesellschaft
Nr. 1 – 2004 März 2004	Eike Karin Ohlendorf	Zehn Jahre Genozid. Der Völkermord in Rwanda: Gruppenidentität und Gewalt
Nr. 2 – 2004 Juli 2004	Ivo Brandau	Viel erreicht und nichts gewonnen? Zu den Erfolgsaussichten des IGAD-Friedensprozesses im Sudan
Nr. 3 – 2004 August 2004	Jan Bachmann	"Leave no continent behind" – Die Integration Afrikas in den Krieg gegen den Terror und ihre Folgen
Nr. 4 – 2004 Nov. 2004	Andreas Mehler	Côte d'Ivoire: Chirac allein zu Haus?